SOZIAL- UND GESUNDHEITSAUSSCHUSS

Auszug
aus der nichtunterzeichneten Niederschrift
der Sitzung vom 11.07.2017

Zu Punkt 11.5
(öffentlich)

Haushaltsplan 2018 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlagen:

Drucksache: 4887/2014-2020

Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 28.06.2017

5113/2014-2020 (gemeinsamer Antrag der Ratskoalition
vom 05.07.2017 zur Weiterentwicklung des Hand-
lungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen)

5129/2014-2020 (gemeinsamer Antrag der Ratskoalition
vom 11.07.2017)

Einzelbeschlüsse:

Beschluss über die Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen vom 28.06.2017:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, bei der Haushaltsplanung 2018 den erhöhten Personalbedarf im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention zur Bearbeitung und Fertigstellung der Inklusionsplanung zu berücksichtigen. Der Haushalt soll nach Auffassung des Beirates um einen Betrag aufgestockt werden, der dem Umfang der Beschäftigung einer halben Vollzeitstelle entspricht.

- einstimmig bei einer Enthaltung abgelehnt -

Beschluss über Drucks.-Nr. 5113/2014-2020:

Die Verwaltung wird beauftragt, das „Handlungskonzept zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld“ (Teil der Produktgruppe 11.01.31) bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

- In allen drei Bausteinen des Handlungskonzepts sollen die Herausforderungen des Familiennachzugs, die Unterstützung von integrationsfördernden Aktivitäten von Migranten(selbst)organisationen und die Förderung ehrenamtlicher Strukturen und Aktivitäten besonders berücksichtigt werden.
- Die Verwaltung vereinbart mit den Trägern der Stadtteilkoordination und der verstärkten OKJA unter Berücksichtigung der o.g. Schwerpunkte projektbezogene Ziele und Maßnahmen.
- Im Rahmen der Projektmittelvergabe sollen Projektaufträge

durchgeführt werden, mit denen fachliche Schwerpunkte verfolgt werden. Die relevanten Themenstellungen sollen im Rahmen von "Bielefeld integriert" erarbeitet werden. Die Projektaufrufe werden vor Veröffentlichung den zuständigen Ratsgremien zur Beratung vorgelegt. Pro Haushaltsjahr sollen 25.000 Euro der Förderung quartiersorientierter Antragsteller*innen (insbesondere von Flüchtlingsinitiativen) vorbehalten sein.

Die Verwaltung wird beauftragt, spätestens im Herbst 2018 einen weiteren schriftlichen Bericht zu den Aktivitäten und Wirkungen der drei im Handlungskonzept genannten Bausteine vorzulegen.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

Beschluss über Drucks.-Nr. 5129/2014-2020:

1. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, aus den Projektmitteln im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld einen Betrag von 15.000 Euro für Sprach- und Kulturmittler*innen in der psychosozialen Versorgung in Bielefeld bereit zu stellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein möglichst einfaches und transparentes Verfahren zur Abrufung und Abrechnung der Mittel durch die Träger einzuführen.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

Beschluss über Drucks.-Nr. 4887/2014-2020:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, unter Berücksichtigung der Einzelbeschlüsse, den Haushaltsplan 2018 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2021 wie folgt zu beschließen:

1. Den Teilergebnisplänen der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	Ertragserhöhung um	Ertragsreduzierung um	Aufwandserhöhung um	Aufwandsreduzierung um
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	0 €	0 €	1.191.600 €	0 €

2. Dem Teilfinanzplan der Produktgruppe „Integrierte Sozialplanung und Prävention“ wird unter Berücksichtigung folgender Veränderung im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	Erhöhung der investiven Einzahlungen	Reduzierung der investiven Einzahlungen	Erhöhung der investiven Auszahlungen	Reduzierung der investiven Auszahlungen
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	0 €	0 €	0 €	0 €

3. Dem im Vergleich zum beschlossenen Haushalt 2017 zusätzlichen überplanmäßigen Personalbedarf wird in folgendem Umfang zugestimmt:

Aufgabengebiet	Bewertung (vorläufig)	Stellenanteil	Mehraufwand €/ Refinanzierung €
Sachbearbeiter/in Quartiersentwicklung	E11	+0,2	Begleitung des Landesprojektes „Einwanderung gestalten NRW“. Die Personalaufwendungen (2018: 12 T€, 2019: 3 T€) werden für die zweijährige befristete überplanmäßige Aufstockung des Stellenanteils um 0,2 durch eine Erstattung des Landes aufgefangen.

4. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.
5. Der Veränderungsliste vom 29.06.2017, die als Anlage 2 der Drucks.-Nr. 4887/2014-2020 beigefügt ist, wird zugestimmt.
- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

500 Amt für soziale Leistungen - Sozialamt, 12.07.2017, 51-3658

An

095. 540

500 –Geschäftsf. BB

110

200

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung.
i. A.

Krumme